

## Gemeinsam unbeugsam für eine menschengerechte Zukunft!

### EINLEITUNG

Das Ziel der SPÖ Frauen Steiermark ist es, die Rahmenbedingungen für das Leben von Frauen in den verschiedensten Lebenswelten und Lebensphasen zu verbessern und die gesellschaftliche Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Dies umfasst die Bereiche Arbeitswelt, Familie, Politik und Gesellschaft, Kultur, Bildung, Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Wirtschaft und Konsument\*innenschutz sowie Schutz vor Gewalt. Trotz zahlreicher, meist hart erkämpfter Errungenschaften ist noch vieles zu tun, um echte Gleichstellung und nicht nur Gleichberechtigung auf dem Papier, zwischen Mann und Frau zu erreichen. Außerdem ist unser Feminismus intersektional und wir erfahren täglich, dass Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen passiert und ineinander verflochten ist. Eine weiße, behinderte Frau hat beispielsweise andere Probleme als eine schwarze lesbische Frau. Wir brauchen Lösungen für alle.

Die rückwärtsgewandte Regierung von Türkis-Blau hat das Gegenteil gemacht und frauenpolitische Rückschritte gesetzt, die von der amtierenden Türkis-Grünen Regierung keineswegs korrigiert wurden.

Der tiefe Einschnitt in unser aller Leben durch die Corona-Pandemie hat Ungerechtigkeiten massiv zutage gebracht. Gleichzeitig ist die Gefahr, dass weiterhin gleichstellungspolitische Rückschritte getätigt werden, unübersehbar. Home Office, Home Schooling, etc. haben insbesondere die Frauen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gefordert und eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen eingeleitet.

Die aktuelle Teuerungswelle trifft Frauen mit ihren niedrigeren Gehältern und Pensionen besonders hart.

Die Kosten für Wohnen, Lebensmittel, Energie etc. übersteigen bei vielen Haushalten das monatliche Einkommen, was zu Verschuldung und Abhängigkeiten mit all ihren negativen Folgewirkungen führt.

Dagegen setzen wir uns zur Wehr!

Denn wir wollen: Vorwärts und nicht zurück!

## 1. ARBEITSWELT

### 1.1 Lohngerechtigkeit

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der Bildung kräftig aufgeholt. Dennoch hält sich die klassische Rollenverteilung hartnäckig mit dem Ergebnis, dass Frauen mit Kindern unter 15 Jahren zu über 70 % Teilzeit arbeiten. Die Einkommensschere schließt sich nur langsam, selbst bei Vergleich der Vollzeitbeschäftigungen verdienen Frauen um 19,9% weniger als Männer. Real, unter Berücksichtigung der Teilzeitarbeit beträgt der Einkommensunterschied 35%.

Die Ursachen für Lohnungerechtigkeiten sind vielfältig und so vielfältig müssen auch die Lösungsansätze sein.

**Die SPÖ Frauen Steiermark fordern daher:**

- Neubewertung von Arbeit (auf kollektivvertraglicher Basis): Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es besonders Frauen sind, die in sogenannten systemrelevanten Berufen tätig sind und das Land am Laufen halten. Sie haben sich mehr als Klatschen vom Balkon verdient. Wir fordern nachhaltig mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen.
- Lohntransparenzgesetz: Verbindliche, generelle Lohntransparenz um Vergleiche zu ermöglichen und um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, inkl. Sanktionen und Beweislastumkehr. Island hat gezeigt, wie es funktioniert.
- Wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen Gleichbehandlungsgesetze
- Mindestlohn von € 1700,- netto (auf Vollzeitbasis)
- Koppelung von öffentlichen Förderungen und Aufträgen an die Erfüllung von Gleichstellungszielen
- Verbesserte Anrechnung von Eltern-, Pflege- und Hospizkarenzen bei von der Dienstzeit abhängigen Ansprüchen (Gehälter, Vorrückungen, Urlaubsansprüche) und volle Anrechnung auf die Pension.

### 1.2 Faire Arbeitsbedingungen - keine unfreiwillige Teilzeit - aktive Arbeitsmarktförderung

Faktum ist, dass in Österreich rund jede 2. berufstätige Frau in Teilzeit arbeitet und Teilzeit im Durchschnitt um 22% geringer entlohnt wird. Es kann nicht sein, dass manche Betriebe systematisch nur Teilzeitarbeit anbieten, weil es dem Betrieb billiger kommt. Viele in Teilzeit beschäftigte Frauen möchten ihre Arbeitszeit verlängern – ihr Arbeitgeber bietet es jedoch nicht an – und demgegenüber wollen vollzeitbeschäftigte Frauen und Männer aus verschiedenen Gründen immer öfter ihre Arbeitszeit verringern.

**Daher fordern die SPÖ Frauen:**

- Umfassende Information, welche Auswirkungen Teilzeit auf den Erwerbsverlauf und die Pension hat.
- Leichterem Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit und umgekehrt - auf Wunsch der Arbeitnehmer\*innen.
- Bevor in einem Betrieb weitere Teilzeitstellen ausgeschrieben werden, muss Teilzeitbeschäftigten derselben Verwendungsgruppe eine Stundenaufstockung angeboten werden.
- Keine Sonntagsarbeitszeit außer in bestimmten Berufsfeldern mit entsprechender Abgeltung.
- All-in-Verträge nur für überdurchschnittlich entlohnte Führungspositionen.

- Verstärkung der Kontrollen durch Arbeitsinspektorate.
- gleicher Stundenlohn für Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräfte (das betrifft z.B. Zuschläge, Zulagen, Sozialleistungen, Prämien und Sachleistungen)
- Volle Überstundenzuschläge ab der 1. Stunde über der vereinbarten Arbeitszeit
- Rücknahme des generellen 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche, denn das darf nicht normal sein – nur auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitnehmer\*in.
- Verkürzte Vollzeit auf rund 30 Stunden/Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich, um die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen gerechter verteilen zu können (siehe Stufenplan im Kapitel „Digitalisierung“).
- Verankerung von Frauenförderplänen als erzwingbare Betriebsvereinbarung und Voraussetzung für Subventionen und öffentliche Aufträge
- Quoten in Unternehmen, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.
- 50% - Widmung der AMS- und Wiederaufbaumittel (EU und Bund) für Frauenförderung – Einbindung eines Frauen-Beirates bei der Mittelvergabe
- Einführung der Aktion 40.000 (Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose)
- Aus- und Weiterbildung ein Leben lang garantieren: Rechtsanspruch auf betriebliche Weiterbildung; Anpassung von Aus- und Weiterbildungsangeboten an Arbeitszeit- und Lebensrealitäten sowie mehr gezielte Qualifizierungsprogramme.
- Berufsinformation – beginnend in der Schule – forcieren, um Geschlechterstereotype zu überwinden
- wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping; insbesondere bei grenzüberschreitenden Arbeitskräfteeinsatz; Einhalten der Entsenderichtlinie stärker kontrollieren
- Unterbindung von Scheinselbständigkeit (insbesondere bei Homeoffice).
- Evaluierung Regelungen für Home-Office in Bezug auf Arbeitnehmer\*innenschutz, Arbeitsgesetz und steuerrechtliche Rahmenbedingungen.
- Absicherung bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Prekariaten
- Bundesweite Corona- und Pflegestiftungen: die Steiermark ist mit positivem Beispiel vorangegangen.
- Maßnahmen-Paket für „Working Poor“
- Alters- und gendergerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen
- Berücksichtigung von Frauen mit Behinderung und Ausbau deren arbeitsmarktpolitischer Angebote
- Mobbingpräventionsmaßnahmen (für Arbeitgeber verpflichtend)
- Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit Fluchterfahrung: bessere Information über Berufsankennung und Weiterbildungsangebote; einfachere Anerkennungsverfahren von Beruf- und Bildungsabschlüssen; Anrechnung von einschlägig nachweisbaren Vordienstzeiten; Ausbau der Sprachkurse;

### **1.3 Die richtigen Antworten auf die Digitalisierung geben!**

Die Arbeitszeit verkürzen statt verlängern! Die Produktivität pro Kopf hat sich durch die Prozesse der Digitalisierung und Automatisierung rasant erhöht. Dies ist nicht zuletzt der Innovationskraft und der Lernbereitschaft der vor allem weiblichen Beschäftigten zu verdanken. Demgegenüber steigt der Stress am Arbeitsplatz durch erhöhte Anforderungen an Konzentration und Ergebnisverantwortung. Weniger Arbeitskräfte müssen mehr leisten. Die Digitalisierung führt

aber auch dazu, dass viele Arbeitsplätze verloren gehen, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind.

**Daher fordern die SPÖ Frauen:**

- Schrittweise Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Richtung 30 Stunden/Woche- das von der Bundespartei vorgeschlagene Konzept der 4 Tage/ Woche könnte ein 1. Schritt sein.
- Bezahlte Dienstfreistellungen zur Weiterbildung, um mit Digitalisierungsprozessen Schritt halten zu können.
- Bildungsoffensive im Bereich Digitalisierung für alle Generationen.
- 6. Urlaubswoche für alle Beschäftigten
- Wertschöpfungsabgabe bzw. Einführung eines produktivitätsorientierten Abgaben- und Steuersystems

**1.4. Gerechte Pensionen**

- Hände weg von den Witwen- und Waisenpensionen
- Mindestpensionen und kleinere Pensionen regelmäßig nach dem „Senior\*innenindex“ (=Lebenshaltungskosten von Senior\*innen) anheben. 2022 mindestens 10%! Pensionserhöhung sofort, um die Teuerung auszugleichen!
- Die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums von den 15 besten Jahren auf praktisch das gesamte Erwerbsleben unter Schwarz-Blau war der größte Einschnitt in Frauenpensionen. Die Einbeziehung der Phasen reduzierter Erwerbstätigkeit kostet den Frauen rund 30% gegenüber der alten Berechnungsmethode! Wir fordern dies zu korrigieren!
- Bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten auf die Pensionshöhe.
- Sofortmaßnahme: zusätzlich € 50,- pro großgezogenem Kind oder Pflegemonat aufs Konto jeder Pensionistin.
- Anhebung der Ausgleichszulage auf die jeweilige Armutsgefährdungsgrenze (derzeit € 1.371,-)
- Keine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und keine Pensionskürzung!

## 2. FAMILIE

### 2.1 Modernes Familienbild

Die SPÖ Frauen Steiermark stehen für einen weiten Familienbegriff, der den Lebensrealitäten der Menschen tatsächlich gerecht wird. Wenn zwei oder mehr Menschen miteinander leben, füreinander Verantwortung übernehmen, einander Beistand leisten, ist dies wertvoll und verdient den Respekt der Gesellschaft. Unabhängig davon, ob diese miteinander verheiratet sind oder nicht oder ob sie gleich- oder verschiedengeschlechtlich sind. Auch die Persönlichkeitsrechte von Personen, die sich keinem Geschlecht zuordnen, gehören respektiert, so wie jede individuelle Geschlechtsidentität. Jedenfalls muss ein partnerschaftliches Rollenverständnis in allen Lebensphasen vermittelt werden.

**Daher fordern die SPÖ Frauen Steiermark, dass der Gesetzgeber dem auf allen Ebenen Rechnung trägt. Umfassender Diskriminierungsschutz muss auf allen Ebenen gewährleistet werden, im Arbeitsleben wie im Privat- und öffentlichem Leben (levelling-up).**

### 2.2 Familienarbeit aufteilen

Frauen leisten den Großteil unbezahlter Familienarbeit. Die Folgen sind berufliche Nachteile sowie Überlastung und gesundheitliche Beeinträchtigungen. Familienarbeit muss stärker zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden, bzw. muss die öffentliche Infrastruktur für Familien gestärkt werden.

**Daher fordern die SPÖ Frauen Steiermark:**

- Ausreichend Mittel zum Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen und ganztägiger Schulformen: Ziel ist die kostenfreie, flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit ganztägigen und ganzzährigen Bildungseinrichtungen in der gesamten Steiermark; Maßstab sind die Vereinbarkeitskriterien Beruf und Familie – VIF: an mindestens 45 Stunden pro Woche geöffnet, an 4 Tagen mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Mittagessen, maximal 5 Wochen im Jahr geschlossen
- Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- und Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr nach obigen VIF-Kriterien. Aufstockung der diesbezüglichen 15a Vereinbarung, idealerweise Kompetenzübertragung der Elementarbildung auf den Bund als integraler Bestandteil des Bildungssystems.
- Sofortmaßnahme: zweites verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr (als Bildungspflicht vom Bund finanziert);
- Väterbeteiligung leichter ermöglichen und bewerben. Familienzeitbonus beim Papamonat nicht vom späteren Kinderbetreuungsgeld abziehen.
- Karenzmodell anhand internationaler Beispiele ausarbeiten, welches die Väterkarenz stärker fördert; sowohl die Inanspruchnahme als auch die Dauer der Väterkarenz (derzeit wird, wenn überhaupt die Minimalvariante von 2 Monaten gewählt)
- Familienzeit staatlich fördern z.B. nach dem ÖGB/ AK Modell: wenn beide Elternteile zur Betreuung ihrer Kleinkinder die Arbeitszeit auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren bzw. erhöhen (bis maximal zum 4. Geburtstag des Kindes, mindestens aber 4 Monate), soll der Einkommensverlust mit einem Pauschalbetrag von 250 Euro steuerfrei pro Elternteil ausgeglichen werden. Alleinerzieherinnen erhalten 250

Euro. Dadurch und durch Ersatz der Pensionsversicherungsbeiträge werden die negativen Folgen der Teilzeitarbeit vermieden.

- Derzeitiger Elternteilzeitanspruch sollte allen Beschäftigten unabhängig von der Betriebsgröße zustehen
- Wirksamer Diskriminierungsschutz von Vätern, die Betreuungspflichten übernehmen.
- Zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung, um Väterbeteiligung, partnerschaftliche und empathische Erziehung zu fördern.

### 2.3 Gerechter Unterhalt

#### Die SPÖ Frauen Steiermark fordern:

- Die Lücken des derzeitigen Unterhaltsvorschusssysteme müssen rasch geschlossen werden- Ziel ist die Unterhaltssicherung bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit!
- Die Verfahren betreffend Kindes- und Ehegattenunterhalt sowie Besuchsrecht sind weiter zu beschleunigen
- Als Akutmaßnahme soll die Corona-bedingte Zwischenlösung ins Dauerrecht übernommen werden, dass staatlicher Unterhaltsvorschuss auch ohne vorherigen Exekutionstitel ausbezahlt wird.
- System-Umstellung auf Unterhaltsgarantie (z.B. Aufschlag zur Familienbeihilfe bis zum Regelbedarf, wenn Unterhaltsleistungen darunter liegen; Staat trägt Risiko der Uneinbringlichkeit).
- Sofortmaßnahme: Beschleunigen der Bearbeitung der Anträge auf Familienbeihilfe, an der auch das Kinderbetreuungsgeld und weitere wichtige Ansprüche hängen – Überbrückungshilfen für die einkommenslose Wartezeit

### 2.4 Pflege

#### Die SPÖ Frauen Steiermark fordern:

- Nachhaltige Finanzierung und Qualitätssicherung der Pflege
- Mehr Unterstützung für pflegende Angehörige (finanziell und ideell) Möglichkeit der Anstellung mit sozialrechtlicher Absicherung und kollektivvertraglicher Entlohnung – Entwicklung eines steirischen Modells.
- Qualitätskriterien für die 24 Stunden-Pflege – Scheinselbstständigkeit mit unzureichender Vertretung in der Wirtschaftskammer in korrekte Dienstverhältnisse überführen.
- Attraktivierung des Pflegeberufs und Verbesserung der Rahmenbedingungen
- Physische und psychische Entlastung der Mitarbeiter\*innen
- Ausbildung im Pflegebereich genauso vergüten, wie die Ausbildung zur/zum Polizist/in. Keine unbezahlten Praktika.
- Pflege entlasten indem Tätigkeiten von Betreuungskräften/UPHs (Ungeprüfte Hilfskräfte) übernommen werden (Ausbildung der Berufe forcieren und Rechte und Pflichten der Berufsgruppen überdenken)
- Längerfristig muss der Personalschlüssel verändert werden (sobald Personal zur Verfügung steht)
- Pflegeberufe in das Schwerarbeiter\*innengesetz aufnehmen

### 3. GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE IN POLITIK, GESELLSCHAFT und KULTUR

Trotz einiger Etappenerfolge der SPÖ Frauen bedarf es weiterer Maßnahmen, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.

#### **Daher fordern die SPÖ Frauen Steiermark:**

- Die Höhe der Klubförderung/ Parteienförderung soll an die Erfüllung der Geschlechterquoten gekoppelt werden.
- Die SPÖ strebt eine 50%ige Geschlechterquote auf allen Listen an; dies entspricht dem weiblichen Bevölkerungsanteil.
- Strukturen und Sitzungskultur auf Frauengerechtigkeit analysieren und ggf. verändern.
- Die Absolvierung von Weiterbildungsprogrammen in den Bereichen Gendersensibilität, Anti-Sexismus, achtsame Kommunikation, Compliance, etc. müssen für Mandatar\*innen und Führungskräfte in der Politik verpflichtend sein.
- Verbindlichkeit der statutarischen Geschlechterquoten auf allen politischen Ebenen. Unterstützung von Gemeinden in der Entwicklung und Realisierung von Frauenförderungsprogrammen
- Verbindliche Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen. Die Bundesregierung soll Umsetzungsplan der ab 2026 geltenden EU Vorgaben vorlegen und auch nicht börsennotierte Unternehmen, insbesondere solche mit öffentlicher Beteiligung, einbeziehen.
- Wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung der Quotenregelungen auf allen Ebenen
- Stärkung von Frauen in der Kultur: Gremien wie Jurien sind geschlechterparitatisch zu besetzen. Ausschreibungskriterien haben Gleichstellungsziele zu verfolgen. Existenzsicherung von Künstler\*innen.
- Einführung von Mutterschutzregelung und (Väter-)Karenz für Mandatar\*innen; Digitale Abstimmung während der Abwesenheit;

## 4. BILDUNG

Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der nicht erst mit Schuleintritt beginnt und auch nicht mit Ende der Schulzeit aufhört. Das Bildungssystem weist noch immer großen Reformbedarf auf.

**Daher setzen sich die SPÖ Frauen ein für:**

- Grundsätzlich dürfen die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen, daher ist Kostenfreiheit von der elementaren Bildung bis zur Hochschulbildung anzustreben.
- Krisen-bedingte (Corona, Energiekrise,...) Schließungen von Bildungseinrichtungen sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren - es müssen im Falle des Falles adäquate Betreuungsangebote gestellt werden!
- Betreuungslücken in den Ferien sind unverzüglich – durch kostenlose Angebote - zu schließen!
- Soziales Lernen, Vermittlung gewaltfreier Konfliktlösung, partnerschaftliches Rollenverständnis ohne Rollenstereotype, friedliches sowie konstruktives Zusammenleben, sollen selbstverständliche Bildungsinhalte in allen unseren Bildungseinrichtungen sein – von der elementaren Bildung bis zur Erwachsenenbildung.
- Ausstattung für digitales Lernen verbessern und kostenfrei zur Verfügung stellen.
- Verpflichtende Weiterbildungen für Lehrpersonal, um mit zeitgemäßen Anwendungen unterrichten zu können.
- Schulbücher/ digitale Unterrichtsmaterialien müssen den neuesten Standards entsprechen: diskriminierungsfrei, frei von Rollenklischees

### Elementare Bildung

- Höchstmögliche Qualitätsstandards in elementaren Bildungseinrichtungen betreffend Ausbildung und Rahmenbedingungen für Pädagog\*innen und Betreuer\*innen/Tageseltern. (siehe auch Kapitel 2)

### Schulbildung

- Ausbau des Angebots von ganztägigen Schulen in verschränkter Form, mit gesundem und regionalem Mittagessen, Sport und Kreativeinheiten (Schule ohne Schultasche) - her mit den schon unter der Regierung Kern fixierten (und von Kurz torpedieren) Bildungsmilliarden!
- Hochwertiger Sexualkundeunterricht nach zeitgemäßen Standards, in dem alle Sexualitäten und Genderidentitäten gleich behandelt werden.
- Eine gemeinsame Schule in der Sekundarstufe I (10- bis 14-Jährige)
- Optimale Entfaltung der Begabungen und Behebung des Fachkräftemangels durch eine Vielfalt an Alters-adäquaten Möglichkeiten der Neigungs- und Eignungsfeststellung sowie Bildungs- und Berufsorientierung.
- Bildungs- und Berufsorientierung in allen Schultypen (auch AHS) ebenso berufspraktische Tage, wobei jede Schülerin / jeder Schüler sowohl technische als auch soziale/ pädagogische (care-) Berufe kennenlernen soll.
- Mehr individuelle Förderung, auch um das Nachhilfeunwesen einzudämmen und Schulabbrüchen vorzubeugen



- Inklusionspädagogik als Norm für alle Schulsysteme

### **Lehre**

- Aufwertung der Lehre durch ein umfassendes Maßnahmenbündel: Anhebung niedriger Lehrlingsgehälter (kollektivvertraglich mindestens 1000€).
- Bessere Rahmenbedingungen für Berufsschulen: Pädagogisch sinnvolle Berufsschulzeiten und bessere Ausstattung - immerhin fließen derzeit nur 3 von 100€, die in Bildung investiert werden, in Berufsschulen, obwohl 36% der Jugendlichen eine Lehre absolvieren. Unterrichtsinhalte müssen fachlich, aber auch persönlichkeitsbildend auf zeitgemäßem Standard sein und auch partnerschaftliche Lebensführung, Konfliktbewältigung, achtsame Kommunikation sowie Antisexismus und Antirassismus vermitteln.
- Lehre/ praktische Berufsausbildung nach der Matura attraktiver gestalten, um Frauen mehr Perspektiven in zukunftsfähigen, gut bezahlten Berufsfeldern zu bieten

### **Hochschulen**

- Ausreichende Finanzierung unserer Universitäten und Fachhochschulen, um den Bildungs- und Forschungsstandort Steiermark zu sichern
- Erwachsenenbildungsinitiativen fortsetzen, insbesondere kostenfreie Basisbildung
- Freier und offener Hochschulzugang. Abschaffung von studienfeindlichen Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen, Mindestleistungen, Knock-out-Prüfungen und Studiengebühren.
- Unterstützung für „1st Generation students“ (Studierende, die als Erste in Ihrer Familie studieren)
- Verpflichtende „Gender Studies“-Lehrveranstaltungen in jedem Studium
- „Leaky pipeline“ aufhalten: Es gibt viele Studienanfängerinnen, jedoch sinkt die Quote mit steigendem akademischen Grad. Es braucht Quoten für PhD-Studierende, Lehrende, Uni-Rät\*innen, usw.

## 5. GESUNDHEIT

Frauen sind durch Doppel- und Mehrfachbelastungen besonderen medizinischen Risiken ausgesetzt.

Außerdem leiden Frauen an dem sogenannten „Data gap“. Lange wurden Daten nur von Männern für Männer gesammelt, weshalb Medikamente und Behandlungen oft nicht an den weiblichen Körper und unsere Bedürfnisse angepasst sind. Dies kann lebensbedrohlich sein und führt zu höherer Sterblichkeit bei Frauen (zum Beispiel bei Herzinfarkten), da Lehrbücher nur männliche Frühsymptome anführen. Chronische und psychische Erkrankungen sind an Frauen schlechter erforscht und werden daher seltener bzw. oft falsch diagnostiziert (Endometriose, ADHS, Autismus, etc.).

### **Daher fordern die SPÖ Frauen:**

- Ausweitung der Gender-Medizin-Forschung und Weiterbildung des medizinischen Personals
- Mehr Präventionsmaßnahmen als Kassenleistung, z.B. HPV-Impfung, Grippeimpfung, Lebensstilberatung, etc.
- Mehr Forschung an Endometriose.
- Aktualisierung der Liste der Berufskrankheiten, insbesondere bezüglich der Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates bei Pflegeberufen
- mehr Geld für den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung als Kassenleistung
- Wohnortnahe Versorgung durch Kassenärzt\*innen sichern
- Notfall-Medizin und medizinische Erstversorgung muss in allen steirischen Regionen sichergestellt sein
- Keine Privatisierung der Gesundheitsvorsorge und eine Absage an die Zweiklassen-Medizin
- Gynäkologische Untersuchungen im Rahmen von Mutter-Kind-Pass-Empfehlungen sollten von der Kasse übernommen werden, z.B. Organscreening, Früherkennung
- Ausbau Angebot Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Kostenfreie Verhütungsmittel für Jugendliche und Bedürftige (Bezieherinnen von Familienbeihilfe und Sozialhilfe)
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes gegen Periodenarmut
- Schwangerschaftsabbruch in allen gynäkologischen Abteilungen mit Öffentlichkeitsrecht (bei sozialer Bedürftigkeit kassenfinanziert) ermöglichen. Entkriminalisierung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Das Recht auf Abtreibung in die Verfassung aufnehmen, damit kein Rückschritt wie in USA, Polen, etc. mehr möglich ist.

## 6. MOBILITÄT

Nach Mobilitätsstudien nutzen Frauen öffentliche Verkehrsmittel stärker als Männer und legen im urbanen Raum auch mehr Wege mit dem Fahrrad zurück. Daher entspricht es dem Grundsatz von Gender-Budgeting, mehr in den Ausbau einer bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und in Radwege zu investieren.

Mikro-ÖV-Systeme sind insbesondere abseits der Ballungsräume wichtig, um von der Öffi-Haltestelle auch dann sicher nach Hause zu kommen, wenn frau/man entlegen wohnt. Diese Modelle müssen stetig räumlich und zeitlich ausgebaut werden, damit die Bewohnerinnen in ländlichen Regionen nicht „abgeschnitten“ sind, wenn sie kein Auto haben.

Bei Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs/Umstieg auf neue Technologien ist auf soziale Aspekte Rücksicht zu nehmen – nicht jede Frau, die ein Auto braucht, kann sich ein E-Auto leisten!

**Daher fordern die SPÖ Frauen Steiermark, dem verstärkt Rechnung zu tragen.**

Schließung des „Data gap“ beim Thema Fahrsicherheit! Sicherheit bei Fahrzeugen wird nur an männlich proportionierten Crash Dummies getestet und gefährdet Frauen im Straßenverkehr.

## 7. LEISTBARES UND LEBENSWERTES WOHNEN IN STADT UND LAND

Die Wohnkosten belasten Frauen aufgrund ihres geringeren Einkommens noch stärker. Zu letzterem zählen vor allem Alleinerzieherinnen. Kinder leben zumeist bei den Müttern und brauchen entsprechend Platz. Die stetig steigenden Wohnkosten bedeuten daher eine besondere Einschränkung der Lebensqualität, manchmal sogar der wirtschaftlichen Existenz von Frauen.

Wohnen muss leistbar sein. Es braucht daher mehr günstige und bedürfnisgerechte Wohnungen. Dazu ist ein modernes Mietrecht und eine Wohnbaupolitik mit Kostendämpfungseffekten zu fordern.

In Zeiten der sprunghaft angestiegenen Inflation dürfen die Mieten nicht im gleichen Ausmaß ansteigen! Daher niedrigere Mietzinsobergrenzen und Abschläge für nicht thermisch sanierte Wohnungen (aufgrund höherer Betriebskosten).

Die serienhaften Krisen haben viele Menschen (vor allem Frauen) in finanzielle Schwierigkeiten gebracht – Wohnungsverlust, Abschaltung von Strom, Wasser, Wärme sowie Delogierungen sind mit rechtlichen und finanziellen Maßnahmen unbedingt zu vermeiden!

Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört in die Verfassung. Es darf kein Spekulationsgeschäft sein; daher treten wir für eine Leerstandserhebung und -abgabe ein.

## 8. KONSUM UND UMWELT

Das Einkommen von Frauen fließt überproportional in den Konsum, da die Sparquote bei niedrigeren Einkommen naturgemäß niedriger ist und der Großteil des Fraueneinkommens erfahrungsgemäß für Familienaufwendungen ausgegeben wird. Die Teuerungswelle trifft daher viele Frauen in ihrer wirtschaftlichen Existenz!

### **Daher fordern die SPÖ Frauen:**

- Preisreduzierung bei Lebensmittel und Wohnkosten. Energie durch ein Bündel von Maßnahmen z.B. Preisregulierung, gesetzliche Obergrenzen, Aussetzen der Mehrwertsteuer, jeweils verbunden mit wirksamen Kontrollen.
- einen wirksameren Konsument\*innenschutz, z.B. Sammelklagen
- Verstärkte Konsument\*inneninformation
- klarere Produktkennzeichnung
- Abschaffung der Umsatzsteuer inkl. Preisdeckel auf Menstruationsartikel
  
- Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzepts gegen Periodenarmut
  
- Keine Diskriminierung bei Verträgen, allgemeinen Geschäftsbedingungen, etc.! z.B. Kredite müssen auch älteren Personen nach allgemeinen Bonitätsanforderungen gewährt werden (um die Heizung klimafreundlich umzustellen, Wohnraum zu finanzieren, etc.)

## 9. ARMUT, NICHT DIE ARMEN BEKÄMPFEN!

Armut ist in Österreich größtenteils weiblich und hat Kinder. Trotz vieler Maßnahmen soll Armut gar nicht erst entstehen. Dennoch braucht es ein Auffangnetz!

Daher geeignete gesetzliche Grundlagen für eine adäquate Sozialunterstützung, die als Überbrückung und Sprungbrett in die Selbsterhaltungsfähigkeit fungiert. Hände weg von der Notstandshilfe! Missbrauchsbekämpfung ja, aber kein Generalverdacht! Ein Großteil der Empfängerinnen sind sogenannte Aufstockerinnen. Stattdessen fordern die SPÖ Frauen Armutsbekämpfung auf allen Ebenen.

- Kindergrundsicherung: Diskussionsprozess mit Ländern, sozialen Organisationen (vor allem der Volkshilfe), Parlamentsfraktionen, Sozialpartnern, Expert\*innen, ... wie die Intention einer Kindergrundsicherung optimal umgesetzt werden kann.
- Der Familienbonus benachteiligt Kinder aus ärmeren Haushalten (vor allem Alleinerziehende) und gehört in ein gerechtes System übergeführt!
- Zwei Drittel der Studierenden leben unter der Armutsgrenze. Es braucht bessere, breitere und treffsichere Beihilfen mit niederschwelligem Zugang und in einfacher Sprache.

## 10. SCHUTZ VOR GEWALT UND SEXISMUS

Frauen und Kinder sind Hauptopfer von physischer wie psychischer Gewalt. Dabei werden die Gewaltformen immer vielschichtiger und werden von etwaigen Krisen befeuert. Das zeigt sich auch in der hohen Anzahl an Femiziden. Österreich ist dabei europaweit traurige Spitze an Frauenmorden!

Allen Formen von Gewalt ist entschieden entgegenzutreten. Gewalt in der Familie ist aufgrund der Häufigkeit verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Gewaltschutz muss, vor allem auf Bundesebene weiter intensiviert werden, durch

- Präventionsmaßnahmen und Deeskalationsprogrammen schon in der Schule
- Jegliche Abhängigkeit (finanziell, in Zusammenhang mit Bleiberecht und Unterkunft, etc.) von Frauen gegenüber Männern (Partnern, männlichen Familienmitgliedern, ...) bekämpfen.
- Verstärkung der (verpflichtenden) opferschutzorientierten Täterarbeit durch qualifizierte Einrichtungen insbesondere nach Wegweisungen
- Regelmäßige und häufigere Fall- und Koordinierungskonferenzen von Straf- und Sozialbehörden, Gewaltschutzeinrichtungen, Gerichten, um treffsichere Gefährlichkeitsprognosen zu stellen.
- Den in der Steiermark geltenden Rechtsanspruch auf Schutz, Unterkunft und Therapie der Gewaltopfer weiter gewährleisten
- Ausreichende Dotierung der Gewaltschutzeinrichtungen und Einbeziehung der Expertise derer.
- Bundesweite, professionelle Männerberatung und – Betreuung als Präventionsmaßnahme.
- Männernotruf rund um die Uhr professionell besetzt
- Angebote von Männerberatung in allen Regionen
- Ausreichend Männerwohnheime und Zwischenunterbringungen für Weggewiesene mit professioneller Betreuung
- Hass im Netz muss wirksam bekämpft werden!
- Ausreichend qualifiziertes Personal bei Polizei und Justiz
- Zuverlässige Verpflichtung von Betreibern von online Foren, einschlägige Postings unverzüglich zu löschen und Verfasser\*innen zu sperren.
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit der Behörden zur Strafverfolgung
- Zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung
- Evaluierung und gegebenenfalls Änderungen der bestehenden Gesetze, um eine wirksame Handhabe gegen Hass im Netz zu haben.
- **Umsetzung der Istanbul Konvention**

## 11. KEINE BENACHTEILIGUNG IM SPORT

- Tägliche Turnstunde in den Schulen
- Alle sollen schwimmen können! Kostenlose Schwimmkurse für alle Generationen, besonders in Kindergarten und Schule
- Besserer Schutz vor sexuellen Übergriffen und Machtmissbrauch im Sport
- Präventionsprogramme

**LEITANTRAG DER SPÖ FRAUEN STEIERMARK**  
**September 2022**

- Stärkung der Aufmerksamkeitskultur in Vereinen, Schulen, etc. durch Bewusstseinsbildung, Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit
- Stärkung des Selbstbewusstseins und Widerstandskraft der Sportlerinnen
- Keine Sexualisierung von Sportlerinnen (Mitbestimmung bei Dressen, etc.)
- Mehr (Chef-)Trainerinnen in allen Sportarten
- Gleiche Bezahlung von Sportlerinnen und Sportlern
- Mehr Übertragung von Frauensportbewerben in öffentlich-rechtlichen Medien
- Mehr Sportförderung für Mädchen in Gemeinden.
- Senken der Barrieren zur Teilnahme von Mädchen in männlich dominierten Sportarten und vice versa. Dafür braucht es auch eine Sensibilisierung der Trainer:innen.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Zuweisung an

Landesparteitag der SPÖ Steiermark

Landtagsklub der SPÖ

Bundesparteitag der SPÖ

Nationalratsklub der SPÖ